
Totale Herrschaft durch Kader? – Parteischulung und Kaderpolitik von NSDAP und KPD/SED

Mike Schmeitzner



Dr. Mike Schmeitzner, geb. 1968 in Dresden. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dres-

den (Anschrift: D-01062 Dresden). Studium der Geschichte und Germanistik an der TU Dresden. Promotion zum Dr. phil. 1999 an der TU Dresden.

Abstract

In October 1944, Wilhelm Pieck, chairman of the Communist Party of Germany (KPD), declared while in exile in Moscow, the Communist Party should establish “similar facilities” to the Nazis in occupied Germany just as the “Nazi party had created it’s *Ordensburg* for reactionary purposes.” Did the KPD indeed attempt to orient itself according to the party cadre training and cadre policy of the NSDAP, or did it instead pursue it’s own and original paths to securing power? Against the background of Pieck’s statements, the article analyzes and compares both party cadre training systems and their social ranges.

I. Vom Nationalsozialismus lernen?

Als sich die Führung der KPD im Moskauer Exil 1944 auf die gezielte Machtübernahme und systematische Herrschaftsbildung in Deutschland vorbereitete, stand für sie ein zentrales Problem im Vordergrund: die Kaderfrage. Mit den wenigen in der Sowjetunion bereitstehenden Kommunisten waren nach einer Niederlage des „Dritten Reiches“ wohl kaum alle Schlüsselpositionen in Staat und Gesellschaft zu besetzen. Um dieses weitgesteckte Ziel erreichen zu können, war die KPD auf eine „enorme Vergrößerung ihres Kaderbestandes“ angewiesen, wie der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck im Spätherbst 1944 betonte. Man benötige, so Pieck, für die „umfassendsten und vielseitigsten Aufgaben [...] zuverlässige, geschulte Kader“, u. a. für den Staatsapparat, die Regierungsorgane, die Parlamente, für die kommunalen Aufgaben in Städten und Gemeinden und nicht zuletzt für die Jugendarbeit, die Wirtschaft und für die zu bildenden „Massenorganisationen“.¹ Die Bedeutung des Marxismus-Leninismus als Schulungsinhalt stand für ihn außer Frage.

1 Der Aufbau der KPD und ihre organisationspolitischen Probleme – Handschriftliche Rededisposition Wilhelm Piecks für eine Lektion vor dem 1. Lehrgang der Parteischu-

So war es nur selbstverständlich, dass sich Pieck in diesem Zusammenhang auf die Rede Stalins zum 18. Parteitag der KPdSU im Jahre 1939 bezog, auf dem der sowjetische Diktator ausführlich zur Entwicklung und Bedeutung von Kadern und eine hierdurch ermöglichte Durchherrschaft der Gesellschaft Stellung genommen hatte. Pieck erinnerte „an das sehr [...] bedeutsame Stalinwort: Die Kader entscheiden alles – das ist in der Tat so, je geschulter unsere Kader sein werden, um so besser wird unsere Partei die Massen beeinflussen, ihre Führung übernehmen, ihre Kämpfe organisieren und die Aktionslosungen in die Tat umsetzen und damit den Weg zum Sozialismus freimachen.“²

Die Affinitäten beider totalitärer Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts kamen schließlich mit Piecks Auslassungen über die Schaffung „besonderer Schulungseinrichtungen“ unter den Bedingungen eines anfänglich herrschenden Mangels an geschulten Kadern zum Ausdruck. Er dachte „da an ähnliche Einrichtungen, wie sie die Nazipartei auf ihren Ordensburgen für reaktionäre Zwecke geschaffen hat“. Dem KPD-Vorsitzenden schwebte in diesem Kontext eine Art „Orden“ als „Kadertruppe“ vor, dessen Mitglieder sich durch eine besondere Qualifizierung auszeichnen sollten und die keine besonderen Rechte, dafür aber höhere Pflichten gegenüber der Partei hätten.³ Als der KPD-Vorsitzende diese Überlegungen anstellte, konnte er noch nicht ahnen, dass der Leiter der Moskauer Parteischule und spätere sächsische KPD-Vorsitzende, Hermann Matern, seinen Parteichef nicht nur beim Wort nahm, sondern „seine“ neue Parteischule für Sachsen gleich in eine ehemalige nationalsozialistische Schulungsburg verlegte.

Die Tatsache, dass ausgerechnet der KPD-Vorsitzende gerade in Moskau seinen Funktionären das Schulungssystem der Nationalsozialisten als Vorbild für den Aufbau eigener Kadernschmieden empfahl, mochte angesichts der politischen und ideologischen Gegensätze befremden, beleuchtet aber in eindrücklicher Weise eine gewisse Wesensverwandtschaft beider diktatorisch strukturierten Weltanschauungsparteien. Im Falle Piecks hieß das im Ernstfall auch, vom anderen totalitären Weltanschauungspol zu lernen. Nur stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit die KPD von einem nationalsozialistischen Schulungssystem überhaupt lernen konnte, das den Begriff des parteipolitisch geformten und flexibel einsetzbaren Kaderns eigentlich nicht kannte. Beruhte letzten Endes nicht vielleicht sogar Piecks Äußerung auf einem Missverständnis, verwechselte er nicht möglicherweise die auf alten Eliten aufbauende NS-Diktatur mit dem bürokratischen Herrschaftssystem kommunistischen Typs? Erweist sich nicht schon die Übertragung eindeutig kommunistisch geprägter Termini wie „Kader“ oder „Kaderpolitik“ auf das „Dritte Reich“ als Irrtum, da letzteres

le der KPD, am 31. Oktober 1944 vorgetragen. Zit. nach Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 282.

2 Ebd., S. 283 f.

3 Ebd., S. 288.

eine analoge Durchherrschaft von Staat und Gesellschaft mit Hilfe einer eng gestaffelten Kaderschulung und Kaderpolitik gar nicht anstrebte?

Zweifellos haben solche eng mit der kommunistischen Herrschaftsgeschichte verbundenen Termini bislang kaum Eingang in die Geschichtsschreibung zum „Dritten Reich“ gefunden.⁴ Im nationalsozialistischen Sprachgebrauch ist vom Begriff des „Kaders“ als einer Umschreibung für den Typus des politisch-ideologisch fest ausgerichteten Parteifunktionärs keine Rede, dafür um so mehr von „politischen Führern“ oder „Leitern“, allenfalls von „Amtswaltern“ und vom „Amtswalterkorps“. Die von Pieck erwähnten Ordensburgen, aber auch die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NAPOLA) und Adolf-Hitler-Schulen, erscheinen nach wie vor – gerade auch in der einschlägigen Literatur⁵ – als Kernstücke des nationalsozialistischen Schulungssystems. Nur: Diese haben mit der parteipolitischen Schulung der NSDAP fast nichts zu tun. Aus diesem Grund sollen sie als Vergleichsgegenstand auch nicht herangezogen werden. Ein sinnvoller Vergleich erscheint lediglich dort möglich, wo mit Blick auf die kommunistische Kaderschulung als Parteischulung ein nationalsozialistisches Gegenstück in Rechnung gestellt werden kann.

Ein erster Schritt wird sich also mit der möglichen Einrichtung von bürokratischen Parteiapparaten der NSDAP zu beschäftigen haben, die in der Lage waren, Parteischulungseinrichtungen aufzubauen, anzuleiten und zu kontrollieren. Dabei wird zu untersuchen sein, welche Dimension eine solche NS-Parteischulung schließlich annahm und welche Intentionen sie verfolgte. Ging es ihr um eine „bloße“ Schulung der Parteigenossen, oder auch um eine „Auslese“ und „Entwicklung“ von entsprechenden „Schülern“ mit dem Ziel, eine neue nationalsozialistische Elite in führende Positionen der Partei, des Staates und aller Sphären der Gesellschaft „einzubauen“? In einem zweiten Schritt soll die kommunistische Herrschaftsbildung mittels Kaderschulung und Kaderpolitik in den Mittelpunkt rücken. Auch hier wird zu analysieren sein, welche Apparate zum Aufbau eines weit verzweigten Kaderschulungssystems vonnöten waren und wie das System zur Bildung neuer sozialistischer Eliten (sprich: Kader) in der Praxis funktionierte. Abschließend ist zu resümieren, ob es eine vergleichbare nationalsozialistische und kommunistische Kaderpolitik gegeben hat, ob sich der Begriff des Kaders für beide Systeme als tragfähig erweist und welche Interdependenzen zwischen den unterschiedlichen Systemen zu beobachten sind.

4 Auf den Kaderbegriff greifen in der neueren Literatur explizit nur wenige Verfasser zurück, so z. B. Stefan Baumeister, NS-Führungskader. Rekrutierung und Ausbildung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges 1933–1939, Konstanz 1997.

5 Vgl. ebd.; Harald Scholtz, NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates, Göttingen 1973; Barbara Feller/Wolfgang Feller, Die Adolf-Hitler-Schulen. Pädagogische Provinz versus Ideologische Zuchtanstalt, München 2001; Dirk Gelhaus/Jörn-Peter Hülter, Die Ausleseschulen des NS-Regimes, Würzburg 2003; Johannes Leeb, „Wir waren Hitlers Eliteschüler“. Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen, Hamburg 1998. Das ungebrochene Interesse für die Jugendernziehung an NS-Ausleseschulen belegt aktuell der Film „NAPOLA – Elite für den Führer“.

Dabei wird in beiden Fällen die Reichsebene wie auch Sachsen als Vertiefungsebene die Grundlage bilden.

II. Aufbau und Zweck der NSDAP-Parteischulung

Verglichen mit anderen Abteilungen des nationalsozialistischen Organisationsapparates wie z. B. der Propaganda war das Hauptschulungsamt der NSDAP eine relativ späte Einrichtung. Auch wenn es bereits seit 1932 innerparteiliche Bemühungen zur Schulung „lokaler Parteiführer“ gegeben hatte, nahm die Herausbildung eines bürokratischen Schulungsapparates sowie eine systematische und umfassende Schulungstätigkeit erst nach der „Machtergreifung“ Hitlers klare Konturen an.⁶ Im April 1933 erklärte der neue Chef der Reichsorganisationsleitung (ROL) der NSDAP, Robert Ley, es sei der „Wunsch des Führers, dass nunmehr nach Beendigung des ersten Abschnittes des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung eine umfassende Schulung aller Amtswalter“ einsetze und dazu auch auf den unteren Ebenen Gauschulungsämter eingerichtet werden müssten.⁷ Um die neue Diktatur zu stabilisieren und die nationalsozialistische Weltanschauung als verbindliches Dogma durchzusetzen, reiche das Instrument der Propaganda „allein nicht mehr aus“.⁸ Aus diesem Grund betraute Ley als Reichsorganisationsleiter der Partei und als neu ernannter Chef der Deutschen Arbeitsfront (DAF) im Mai 1933 Otto Gohdes von der Gauleitung Pommern mit dem Aufbau eines Reichsschulungsamtes für die NSDAP und die DAF. Zum Sitz der neuen Institution in Berlin wurde das Zentralbüro der DAF bestimmt, die sich im Gebäude des gerade zerschlagenen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) eingerichtet hatte.⁹ Ähnlich vollzog sich auch der Aufbau der neuen „Reichsschule“ der NSDAP: Sie wurde gleichfalls an einem zentralen Ort der früheren Gewerkschaft eingerichtet, nämlich in der ehemaligen Bundesschule des ADGB in Bernau.¹⁰

Bis 1934 baute Gohdes das erst als Reichs-, dann als Hauptschulungsamt benannte Zentrum zu einem straff organisierten und weit verzweigten Apparat auf. Unterhalb der Leitungsebene (Reichsschulungsleiter mit Adjutanten) etablierte er Abteilungen für Lehr- und Stoffpläne, Personal, Presse und Rundfunk, Inneren Betrieb und Beschickung der Burgen, Parteiarchiv, Registratur, Auslandsschulung, Sonderschulung und den „Schulungsbrief“ als zentrales Periodikum

6 Carl-Wilhelm Reibel, *Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945*, Paderborn 2002, S. 175 ff.

7 Zit. nach: ebd., S. 179.

8 *Der Weg zur Schulung*. In: *Schulungsbrief*, März 1934 (1. Jg.), 1. Folge, S. 20.

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. ebd. und *Schulungsbriefe des Reichsschulungsamtes der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront*, 1 (15. 7. 1933), Folge 4, S. 45 und 47 ff.

von NSDAP und DAF.¹¹ Zwei Jahre später gliederte sich das Hauptschulungsamt bereits in den Bereich „Schulungsbrief“ mit Redaktion, Geschäftsführung und Archiv sowie Vertriebsinspektion, in den Bereich „Aktive Schulung“ mit Schulungsbetrieb und Berichtswesen, in den Bereich „Theoretische Schulung“ mit Lehrplangestaltung und Vortragswesen sowie in den Bereich „Einberufung“ mit Spezial- und Wiederholungskursen und Auslese. Darüber hinaus führte das zentrale Amt die Aufsicht über die einzelnen Gauschulungsämter, die seit 1933 sukzessive aufgebaut worden waren, sowie über die Kreisschulungsleiter und die Ortsgruppenschulungsleiter.¹² Schon im März 1934 konnte das Hauptschulungsamt auf eine Reichsschule, auf fünf Landesführerschulen und 38 Gauführerschulen zurückgreifen.¹³ Damit verfügte jeder Gau über mindestens eine Schulungseinrichtung, in den meisten Fällen sogar über mehrere. Dieses Schulungsimperium, das zwischen 1933 und 1939 nacheinander unter der Leitung Otto Gohdes', Max Frauendorfers und Friedrich Schmidts stand,¹⁴ wuchs in den folgenden Jahren weiter in die Breite.

Weshalb sich ein solch umfangreiches Schulungssystem als notwendig erwies, und welche Intentionen damit verbunden waren, erläuterten Gohdes und Ley bereits kurz nach der „Machtergreifung“ unmissverständlich. Für Ley hatte Schulung einen umfassenden Gestaltungsanspruch, mit der er die „innere Gleichschaltung der Menschen“ organisieren wollte. Dieser Anspruch resultierte aus der Vorstellung, dass im Gegensatz zum überwundenen „Nachtwächterstaat“ Weimarer Prägung der neue nationalsozialistische Staat ein „Erziehungsstaat, ein Pädagoge, ein väterlicher Freund“ sei, der den Menschen „von der Wiege bis zum Grabe“ nicht mehr loslassen werde.¹⁵ Dass die neue nationalsozialistische Weltanschauung daher nicht beschränkt sein könne auf bestimmte Gebiete, „sondern total ist und bleibt“ und jeden Deutschen zu einem „echten Nationalsozialisten“ formen müsse, war für Gohdes unumstößliches Gebot. Aus dem Anspruch auf „Totalität des Nationalsozialismus“ leitete er in letzter Konsequenz sogar die Schaffung „neuer Menschen“ ab; ein Prozess, der sich aller-

11 Vgl. Schulungsbrief, März 1934 (1. Jg.), 1. Folge, S. 21; ebd., Oktober 1934 (1. Jg.), 8. Folge, S. 30.

12 Vgl. Organisationshandbuch der NSDAP, hg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936, S. 176 ff.

13 Vgl. Schulungsbrief, März 1934 (1. Jg.), 1. Folge, S. 21 f.

14 Diese drei Leiter brachten unterschiedliche berufliche Qualifikationen mit: Gohdes war ursprünglich Forstangestellter, Frauendorf promovierter Jurist und Schmidt Volksschullehrer. Vor 1930 Mitglied der NSDAP, hatten alle drei in der Reichsorganisationsleitung, in verschiedenen Gauen oder in der SS Karriere gemacht. In der Kriegszeit amtierten Fritz Marrenbach und Heinrich Bruhn als Leiter des Hauptschulungsamtes. Vgl. Ernst Klee, *Das Personenlexikon des Dritten Reiches. Wer war was vor und nach 1945?*, Frankfurt a. M. 2003, S. 162 und 544; Reibel, *Fundament*, S. 142, 179 f., 192.

15 Ansprache des Pg. Staatsrat Dr. Ley am 10. Juli 1933 vor den Gaufachberatern für Ständischen Aufbau in der Reichsschule in Bernau. In: *Schulungsbriefe des Reichschulungsamtes der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront*, 1 (1.9.1933), Folge 4, S. 48.

dings über mehr als nur eine Generation erstrecken werde.¹⁶ Ungeachtet derart weit gespannter Intentionen vermochte der Reichsschulungsleiter durchaus zwischen Nah- und Fernzielen zu unterscheiden und seine Arbeit danach auszurichten. So kündigte er zwar im Sommer 1933 in einem Artikel vollmundig die „Schulung des deutschen Volkes“ an, bezog sich dabei aber in erster Linie auf die Erziehung von „Millionen schaffender deutscher Volksgenossen zu Nationalsozialisten“ im Rahmen der NSDAP und DAF. Dieses Heer wollte er von der Grundlagenschulung an der Basis aufwärts über Kreis- und Gauebene bis hinauf zur Führer-Schulung auf Reichsebene erziehen.¹⁷

Sein Verständnis von Schulung beinhaltete dabei schon Elemente einer „braunen“ Kadenschulung, ging es ihm doch nicht nur darum, die NS-Weltanschauung so breit wie möglich zu verankern, sondern „alle Nationalsozialisten in führender Parteistellung zu Führern des deutschen Volkes überhaupt heranzubilden“. Durch die Zusammenfassung aller Gewerkschaften, Arbeitgebergruppen u. a. in der DAF sei so der Partei eine „gewaltige Aufgabe“ erwachsen: „Wir müssen die Führer aller Grade, sowohl für die Deutsche Arbeitsfront als auch für den ständischen Aufbau, wie überhaupt für alle öffentlich-rechtlich und staatlichen Körperschaften stellen. Dies ist eine notwendige Folgerung in der ständig fortschreitenden Entwicklung der nationalsozialistischen Revolution. Diese ist erst dann 100-prozentig durchzuführen, wenn wir alle Machtpositionen Nationalsozialisten übertragen haben, die dann in der Lage sind, nach unserer Weltanschauung ihr Amt zu führen. Um dieses Amt unseren Parteigenossen zu erleichtern, dazu dient die Schulung.“¹⁸

Gohdes' Nachfolger Frauendorfer beschrieb dann 1936 die „Auslese und Bereitstellung“ eines „politischen Führerordens“ als größte Herausforderung für die Partei und das damit beschäftigte Hauptschulungsamt. Auch wenn er nicht den kommunistischen Begriff des Kadern verwendete, so zielte doch sein Postulat, dem deutschen Volk einen „politischen Führernachwuchs fortlaufend und für alle Zeiten“ zu sichern, der „Fachkenntnisse und weltanschauliche Sicherheit“ in sich vereine, in genau diese Richtung.¹⁹ Fünf Jahre später informierte der Reichsschulungsleiter dann darüber, dass nach einer Vereinbarung zwischen Hauptschulungsamt und Hauptpersonalamt in Zukunft „bei allen Schulungslehrgängen für Politische Leiter an den Ordensburgen und Reichsschulungsburgen eine personelle Auswertung“ und „Musterung aller Teilnehmer“ stattfinden solle. Auch auf Gau- und Kreisebenen werde künftig eine „intensive Auswertung“ der Lehrgänge für die niederen Politischen Leiter umgesetzt wer-

16 Otto Gohdes, Totalität des Nationalsozialismus. In: Der Schulungsbrief, Juli 1934, 5. Folge, S. 5.

17 Ders., Schulung des deutschen Volkes. In: Schulungsbriefe des Reichsschulungsamtes der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront, 1 (1.8.1933), Folge 2, S. 14.

18 Ders., Vorwort. In: ebd., 1 (1.9.1933), Folge 4, S. 48.

19 Max Frauendorfer, Schulung und Führernachwuchs. In: Der Schulungsbrief, März 1936, 3. Folge, S. 86.

den, um somit das Hauptpersonalamt in die Lage zu versetzen, eine „Personalpolitik auf lange Sicht zu betreiben“. Der Beginn einer „personellen Planung“ sei deshalb für die Partei von „ausschlaggebender Bedeutung“, weil dadurch geprüft werden könne, ob der betreffende Politische Leiter seinen Leistungen und seiner ganzen Haltung gemäß „richtig eingesetzt“ ist, ob „Mängel“ behoben werden können, ob er versetzt oder abberufen oder aber gefördert werden sollte. Nur eine solche „zielbewusste Personalpolitik“ garantiere die Auslese des „besten Kerns politischen Führertums“.²⁰

Auch wenn die nationalsozialistische Weltanschauung keineswegs als ein geschlossenes System wie das marxistisch-leninistische wirkte, so sollte sie weder in ihrer Tiefen- noch in ihrer Breitenwirkung unterschätzt werden. Der Fanatismus der „politischen Führer“ aller Ebenen hing ganz wesentlich mit ihrer ideologischen Indoktrinierung zusammen. In der Regel zeigten sie sich von den auf den Parteiinternatsschulen „studierten“ Weltanschauungstheoremen durchaus überzeugt. So gesehen muss die Vermittlung der „Grundlehren des Nationalsozialismus“ im Rahmen der „Grundlagenschulung“ der Ortsgruppen (nämlich: die Person Adolf Hitlers, das Programm der NSDAP, die biologischen Grundlagen, Judentum, Bolschewismus, Liberalismus und „politische Kirche“ sowie „Lebensraum unseres Volkes“), das Studium der „Rasse- und Vererbungslehre“ im Rahmen der Kreisschulung oder aber die Aneignung „theoretischen Wissens“ über die „germanische und deutsche Geschichte“, die Rassenkunde und die NS-Weltanschauung auf den Gauschulungsburgen als erfolgreich eingeschätzt werden. Erleichtert wurde die Indoktrinierung durch moderne didaktische Konzepte. So stellte etwa ein Lehrplan der Gauschulungsburg statt der üblichen passiven Rolle des Teilnehmers seine eigene „Aktivität“ in den Mittelpunkt. Die sollte vor allem durch die Gliederung des Lehrplans in die Segmente „Wissen“, „Körper“ und „Seele“ erleichtert werden, da mit der Kopplung von „theoretischen Vorträgen“ und „praktischen Übungen“ der „ganze Mensch“ erfasst werden könne. Wenn also Schulungsteilnehmer im Segment „Wissen“ Vorträge über germanische und deutsche Geschichte hörten, mussten sie dazu in den Übungen Kurzreferate halten und Museumsführungen organisieren. Gleiches galt für das Segment „Körper“, wo z. B. einerseits Wissen über die „NS-Gesundheitsführung“ vermittelt, andererseits Sport, Gymnastik und „Körperpflege“ betrieben wurde.²¹

Die Attraktivität einer solchen Schulung kam auch dadurch zustande, dass sich unter den Lehrkräften der NS-Parteischulen und unter den Mitarbeitern des NS-Schulungsbriefes nicht nur Parteifunktionäre wie Otto Gohdes, Max

20 Über personelle Auswertung der Schulung zur Personalpolitik vom 18.1.1941, gez. Schmidt (BA Berlin, NS 22, Nr. 27).

21 Lehrplan der Gauschulungsburg und Erklärung, o. D. [vermutlich 1940] (BA Berlin, NS 22, Nr. 282). Zur inhaltlichen Ausrichtung der Lehrpläne vgl. auch Otto Gohdes, Schulung des deutschen Volks. In: Schulungsbriefe des Reichsschulungsamtes der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront, 1 (1.8.1933), Folge 2, S. 14 ff.; Organisationshandbuch der NSDAP, S. 184.

Frauendorfer oder Alfred Rosenberg fanden, sondern auch junge Akademiker, die sich als „Generation der Unbedingten“ (Michael Wildt) und als Teil einer „kämpfenden Wissenschaft“ verstanden. Ein besonders markantes Beispiel dafür war der Jenaer bzw. Leipziger Geschichtspräsident Erich Maschke, der sich dem Schulungssystem der NSDAP bereitwillig zur Verfügung stellte. Der Schüler Hans Rothfels', der sich bereits in Königsberg über den deutschen Ordensstaat seine akademischen Sporen verdient hatte, machte ab Mitte der 30er Jahre schnell Karriere als Funktionär der NSDAP, der SA und selbst als Zuarbeiter des berüchtigten Sicherheitsdienstes (SD) der SS.²² Ob als Mitglied des Stabes der SA-Gruppe Thüringen, dem er als Leiter des „Arbeitskreises für Grenz- und Auslandsfragen“ im Range eines Oberscharführers angehörte, oder als Zuarbeiter des Amtes Rosenberg, des Hauptschulungsamtes der NSDAP, der Reichsjugendführung, als Mitarbeiter an den Schulungsplänen der Ordensburgen oder auch als Lektor des Amtes Schrifttumspflege der Reichsleitung bzw. der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums und der Parteiamtlichen Prüfungskommission: Maschke war bald Multifunktionär des NS-Schulungsbetriebes,²³ der den Anregungen Rosenbergs folgte, historische Vorläufer des „Dritten Reiches“ herauszuarbeiten und deutsche Geschichte auf völkisch-rassistischer Basis neu zu interpretieren.²⁴

Geschichtsträchtige „Blut- und Boden“-Propaganda leistete er vor allem in den NS-Schulungsbriefen und auch in der „Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP“.²⁵ Die braunen Kader des „Dritten Reiches“ „studierten“ bei Maschke „deutsches Gemeinschaftsleben im Mittelalter“ und wurden mit „Hanse und Ritterorden im Zug nach Osten“ und mit den „geschichtsbildenden Kräften des Ostraumes“ vertraut gemacht.²⁶ Sie erfuhren so

22 Zu den Aufgaben Maschkes im SD, besonders als Gutachter bei sogenannten „Gegnerforschungsarbeiten“, vgl. Carsten Schreiber, „Eine verschworene Gemeinschaft“. Regionale Verfolgungsnetzwerke des SD in Sachsen, und Joachim Lerchenmueller, Die ‚SD-mäßige‘ Bearbeitung der Geschichtswissenschaft. In: Michael Wildt (Hg.), Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 57–82 und 160–189, hier S. 57, 176, 184.

23 Vgl. die Charakterisierung Maschkes in einer Anlage zum Brief des Leipziger Universitätsrektors Helmut Berve an den sächsischen Volksbildungsminister Göpfert vom 7.2. 1942 (SächsHStAD, Ministerium für Volksbildung, Nr. 10230, Besetzung des ordentlichen Lehrstuhls Mittlere und Neuere Geschichte/Nachfolger Hermann Heimpel).

24 Vgl. Alfred Rosenberg, Der Deutsche Ordensstaat. In: Der Schulungsbrief, September 1934, 7. Folge, S. 10–16. Zur Vorbildwirkung des Ordensstaates vgl. Wolfgang Wippermann, Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik, mit einem Geleitwort von Klaus Zernack, Berlin (West) 1979.

25 Vgl. Erich Maschke, Die geschichtsbildenden Kräfte des Ostraumes von der Gründung des Warägerreiches ab (Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP, Heft 1), hg. vom Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP – Amt Parteiamtliche Lehrmittel, München 1942.

26 Erich Maschke, Das deutsche Gemeinschaftsleben im Mittelalter. In: Der Schulungsbrief, März 1936, 3. Folge, S. 90–105; ders., Hanse und Ritterorden im Zug nach Os-

von „Blutzusammenhängen“ im Mittelalter, von „erlesenen Führerschichten“, dem „Aufstieg der kraftvollsten Familien“ oder auch von der „Auslese der rassisch Besten“.²⁷ Der deutsche Ordensstaat erschien aus Sicht des Ordensspezialisten als historisches Vorbild des NS-Systems, der bereits im Mittelalter die Erweiterung „deutschen Lebensraumes“ und eine „Zeit völkischen Gärens und staatlichen Werdens“ eingeläutet habe, die nur aufgrund des Zölibates als einem Hindernis für „frische Blutzufuhr“, des „zersetzenden Einflusses südlichen Geistes“ und schwächerer Führergestalten (Maschke bezeichnete sie als „Erzberger der Ordenszeit“) zu Ende gegangen sei.²⁸ Eine derart rassebiologische Geschichtsbetrachtung erfuhr allein durch die Tatsache, dass der „Schulungsbrief“ schon 1937 eine Auflage von über eineinhalb Millionen Exemplaren hatte, eine erhebliche Breitenwirkung unter den Parteigenossen der NSDAP.²⁹

III. Schulung und Auslese im NS-Gau Sachsen

Über die Intensität und Breitenwirkung der weltanschaulichen Schulung der NSDAP und ihrer Kaderpolitik erfährt man mehr, wenn man den Fokus auf einen sektoralen Ausschnitt richtet, zu dem nicht nur eine günstigere Quellenüberlieferung besteht, sondern wo auch bestimmte Eigenheiten existierten. Im Gau Sachsen bildete sich nämlich relativ rasch und stärker noch als in anderen deutschen Gauen und auch auf Reichsebene ein nationalsozialistisches Schulungssystem heraus, das sowohl mit Blick auf die innerparteiliche Schulung und Auslese eine größere Bedeutung entfaltete als auch in Richtung einer weltanschaulichen und personellen Umgestaltung der staatlichen Verwaltung. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei ebenso wie auf Reichsebene weniger die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NAPOLA) oder die HJ- und BDM-Führerschulen, von denen es auch hier mehrere gab, sondern die verschiedenen Parteischulen des Gaues.

In Sachsen lassen sich erste Schulungsbestrebungen schon früh beobachten. Hier ist der Beginn der Kaderschulung bereits mit der Etablierung einer sogenannten SA-Führervorschule anzusetzen, die im Februar 1932 in Anwesenheit von SA-Chef Ernst Röhm in Hammerleubsdorf bei Chemnitz ihre Arbeit aufnahm. Sie war Ausdruck der besonderen Stärke der südwestsächsischen SA und sollte vor allem die Angehörigen der NS-Bürgerkriegsarmee in körperlicher und

ten. In: ebd., April 1936, 4. Folge, S. 130–146; ders., Ostsee und Ostseeraum im geschichtlichen Werden des deutschen Volkes. In: Nationalsozialistische Monatshefte. Zentrale politische und kulturelle Zeitschrift der NSDAP, hg. von Alfred Rosenberg, S. 402–413; ders., Die geschichtsbildenden Kräfte.

27 Maschke, Hanse und Ritterorden, S. 136–138.

28 Ebd., S. 141, 145.

29 Vgl. Gauleiter urteilen über den Schulungsbrief. Zusammenstellung vom Oktober 1938 (BA Berlin, NS 22, Nr. 870).

ideologischer Hinsicht „stählen“³⁰ sowie „brauchbare Führer heranbilden“.³¹ An den ersten, auf drei Wochen festgesetzten Kursen konnten 80 bis maximal 120 Personen teilnehmen.³² Vergleichbare Fassungsvermögen wiesen auch jene Einrichtungen auf, die erst Monate nach der „Machtergreifung“ aufgebaut wurden: im Mai 1933 auf der Sachsenburg bei Chemnitz und Frankenberg eine NS-Führerinnenschule³³ und einen Monat später auf der Augustusburg bei Hammerleubsdorf die Gauschulungsburg der sächsischen NSDAP. Den Kreis der Einrichtungen komplettierte im Juli 1934 die Gauführerschule II, die – geographisch gesehen – nicht in der Chemnitzer Schulungslandschaft verortet war, sondern auf Schloss Friedrichsburg bei Dresden. Als Gauführerschule I fungierte ebenfalls seit dieser Zeit die vormalige SA-Führervorschule, die im Zuge des „Röhm-Putsches“ von der Gauleitung der NSDAP übernommen worden war.

Gesteuert wurde dieses Schulungsimperium zuallererst vom Gauschulungsamt in Dresden, das sich seit Ende 1933 zu einer beispiellosen bürokratischen Struktur entwickelte, dem der Amtsleiter Werner Studentkowski³⁴ seinen ganz persönlichen Stempel aufdrücken konnte. Daneben spielte aber noch das Gauamt für Kommunalpolitik eine bemerkenswerte Rolle, versuchte hier doch Amtsleiter Erich Kunz³⁵ über eine Kooperation mit dem Schulungsamt zu einer zielgerichteten nationalsozialistischen Personalpolitik in ganz Sachsen zu gelangen. Beide Reichstagsabgeordneten der NSDAP, die zudem als hohe Parteifunktionäre in Leipzig und Zwickau über eine hinreichende Hausmacht verfügten, zeichneten sich durch ein hohes Maß an Professionalität und Ehrgeiz aus. Ihr erfolgreicher Versuch, eine braune Kaderpolitik zu etablieren, hing ganz wesentlich mit einer individuellen Verschränkung von Partei und Staat zusammen, die Kunz und Studentkowski selbst verkörperten. Beide NS-Funktionäre übten

30 Der Freiheitskampf vom 28. 2. 1937.

31 So der sächsische SA-Oberführer Lasch bei seiner Ansprache vor Ort. Vgl. Chemnitzer Tageblatt vom 29. 2. 1932.

32 Vgl. Erzgebirgischer Generalanzeiger vom 29. 2. 1932.

33 Ab 1935 wurde die Sachsenburg bezeichnenderweise nicht mehr als Internatspartei-schule, sondern als erstes professionelles KZ in Sachsen benutzt. Die Ausbildung von BDM-Führerinnen fand später in Ottendorf bei Sebnitz statt.

34 Werner Studentkowski (1903–1945) Kontorist, 1925 Mitglied der NSDAP, 1927/28 Gauorganisations- und Propagandaleiter im Gau Berlin-Brandenburg, Studium u. a. der Geschichte und Soziologie in Leipzig, 1930–1933 Mitglied des sächsischen Landtags, 1933–1945 Mitglied des Reichstags, 1933–1941 Gauamtsleiter und Gauschulungsleiter der Gauleitung Sachsen, 1934–1941 Leiter der Hochschulabteilung und des Amts für NS-Erwachsenenbildung im sächsischen Volksbildungsministerium, 1941–1945 Reichsamtsleiter in der Reichspropagandaleitung der NSDAP und Mitarbeiter im Reichspropagandaministerium, 1942 SA-Oberführer.

35 Erich Kunz (1897–1939) Kaufmann, 1922 Mitglied der NSDAP, 1926–1929 HJ-Führer in Zwickau, ab 1929 Kreisleiter der NSDAP in Zwickau, 1929–1933 Mitglied des sächsischen Landtags, 1933–1939 Mitglied des Reichstags, 1930–1939 Leiter der Abteilung Gemeindepolitik bei der Gauleitung der NSDAP Sachsen, März–Mai 1933 Leiter des sächsischen Arbeitsministeriums, 1933–1939 Leiter der Gemeindeabteilung des sächsischen Innenministeriums, 1939 SS-Sturmabteilungsleiter.

ihre Parteifunktionen nämlich ehrenamtlich aus; hauptberuflich zeichneten sie im Falle Studentkowskis für die Hochschulen im sächsischen Volksbildungsministerium und im Falle Kunz für die Gemeindepolitik im sächsischen Innenministerium zuständig. Diese personalpolitische Verschränkung wurde sogar ganz offiziell mit dem „Einbau der nationalsozialistischen Bewegung in den Staat“ begründet.³⁶

Obschon Studentkowski als sächsischer Hochschulreferent die „Schaltzentrale der universitären Personalpolitik“ bildete und nationalsozialistische Wissenschaftler förderte, sah er auf diesem Gebiet wegen der enormen fachlichen Spezialisierung von einer allumfassenden und radikalen Umgestaltung ab.³⁷ Das eigentliche Betätigungsfeld erblickte er zum einen in der Schulung und Auslese des Amtswalterkorps der Partei sowie zum anderen gemeinsam mit Kunz in der kaderpolitischen Beherrschung der Kommunen. Um Partei und Verwaltungen in diesem Sinne zu prägen, baute er seit seiner Amtsübernahme als Gauschulungsleiter im November 1933 das Amt zu einer umfassenden Steuerungszentrale aus. Dabei sah er sich im Zuge seines Amtsantritts allerdings veranlasst, im eigenen Ressort erst einmal aufzuräumen und „Verbote, Abgrenzungen, Zurückweisungen“ auszusprechen. Seiner Auffassung zufolge hatte es in den Monaten zuvor auf dem Gebiet der Schulung ein „wildes, planloses Durch-, Gegen- und Nebeneinander“ gegeben, wo sich „unmöglichste Gestalten und Figuren“ „ausgetobt“ hätten. Eine planvolle Arbeit habe nicht bestanden, so dass er gezwungen gewesen sei, „Konjunkturritter“ zu entfernen, die Genehmigungspflicht für Redner und Referenten einzuführen³⁸ sowie den vor ihm existierenden „ganz groben, aufs Äußerliche gehenden Radau-Antisemitismus“ zu unterbinden, der, verbunden mit einem dümmlichen Germanenkult, nur Schaden angerichtet habe.³⁹

Aus dem so gereinigten Ressort schuf Studentkowski in nur kurzer Zeit die „Kontroll- und Planungsstelle der nationalsozialistischen Erziehung“.⁴⁰ Um diesem Anspruch zu genügen, baute er das Gauschulungsamt bis 1935 zu einer gewaltigen Parteibehörde um, die sich anmaßte, in alle Bereiche der Partei, deren Gliederungen und Vorfeldorganisationen hineinzuwirken. Verfügte das Amt im Jahre 1933 erst über einige wenige Mitarbeiter, konnte Studentkowski schon Anfang 1935 35 und Ende 1935 dann etwa 50 Hauptamtliche dirigieren.⁴¹ Mit diesem Tross ließ er u. a. den Aufbau der Kreisschulungsämter betreiben, die

36 Zit. nach Michael Parak, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952, Köln 2004, S. 85.

37 Vgl. ebd., S. 259.

38 Werner Studentkowski, Richtung und Ziel. In: Der Vorposten, Heft 1 (1), Oktober 1934, S. 4 ff.

39 Ders., Die rassepolitische Erziehungsarbeit im Gau Sachsen. In: ebd., Heft 3 (2), März 1935, S. 65 ff.

40 Ders., Richtung und Ziel. In: ebd., Heft 1 (1), Oktober 1934, S. 4 ff.

41 Vgl. Organisationsplan des Gauschulungsamtes. In: ebd., Heft 10 (2), Oktober 1935, S. 318 f.

Schulungsburgen leiten und neben den parteipolitischen Gliederungen auch noch staatliche Verbände wie die Technische Nothilfe und die Polizei beschulen. Besonderen Wert legte er zudem auf die „Schrifttumspflege“, um „konjunkturelle“ Spreu vom „unverfälschten“ nationalsozialistischen Weizen zu trennen.⁴² Diesem Zweck diene auch die Schaffung der eigenen monatlich erscheinenden Zeitschrift „Der Vorposten. Mitteilungsblatt der Gauleitung Sachsen der NSDAP, Gauschulungsamt“, die sich rasch zu einem weit professionelleren Periodikum entwickelte als der reichsweit bekannte NS-Schulungsbrief. Zwar sollte der „Vorposten“ keineswegs als „Konkurrenzblatt“ zum Berliner Hauptorgan erscheinen und eher „einheitliche, richtunggebende Leitsätze“ veröffentlichen,⁴³ doch entwickelte sich das sächsische Mitteilungsorgan u. a. mit Themenheften über Rassepolitik und ausführlichen Buchbesprechungen recht schnell zu einem zweiten „Schulungsbrief“.

Dass ein solch hochgerüsteter Apparat viel weit reichendere Ergebnisse in der schulungspolitischen Praxis zeitigte, versteht sich von selbst. Schon die Auslese und Weiterbildung der Schulungsleiter in den Orten und Kreisen erreichte dadurch eine höhere Qualität: Sie konnten auf den gaeuigen Schulen zusammengezogen, geprüft und ausgerichtet werden. Die Kreisschulungsämter führten wiederum besondere „Ausleselehrgänge“ durch, in denen die von den Ortsgruppen gemeldeten Ortsgruppenschulungsleiter einer Prüfung unterzogen worden.⁴⁴ Zudem erarbeitete das Gauschulungsamt eigene Lehrpläne für die „Grundlagenschulung“ an der Basis.⁴⁵ Sämtliche Schulungsleiter im Gau kamen wenigstens einmal im Jahr zu einer Tagung auf der Augustusburg zusammen, auf der die weitere Ausrichtung der sächsischen Schulung besprochen wurde.

Bei der Schulung des Amtswalterkorps der Partei, der SA und SS und weiterer Verbände legten Studentkowski und sein Stellvertreter Walter Schramek Wert darauf, durch Auslese eine „Kerntruppe“ heranzubilden, die imstande sei den Nationalsozialismus weiter zu tragen und durch „Charakterbildung“ Vorbild zu werden.⁴⁶ Als vorrangigste Aufgabe betrachtete es Studentkowski, den „Typ der nationalsozialistischen Bewegung zu formen und damit für die Bewe-

42 Werner Studentkowski, Die Aufgaben des Gauschulungsamtes. In: ebd., Heft 7 (2), Juli 1935, S. 194. Die „unverfälschte“ NS-Weltanschauung bezog sich hier eindeutig auf die Auslegung Adolf Hitlers.

43 Werner Studentkowski, Richtung und Ziel. In: ebd., Heft 1 (1), Oktober 1934, S. 4 ff.

44 Herbert Junghanns, Die Entwicklung der weltanschaulichen Schulung in Sachsen. In: ebd., Heft 10 (2), Oktober 1935, S. 303 ff.

45 Vgl. Die Grundlagenschulung der NSDAP, Gau Sachsen, hg. von der Gauleitung Sachsen, Amt für Schulung, Dresden 1938. Der Themenplan sah neun Abendveranstaltungen vor, auf denen „A. Die Entwicklung der Idee im Leben des Führers, B. Der Kampf des Führers um die Macht in Deutschland, C. Das Dritte Reich als das Werk des Führers, D. Ergänzungsthemen: Die Frau im nationalsozialistischen Staat und Grenzland Sachsen“ behandelt werden sollten.

46 Walter Schramek, Die Aufgaben und die Organisation der Schulungsämter in Sachsen. In: Der Vorposten, Heft 1 (1), Oktober 1934, S. 9 ff.

gung selbst ein politisches Führerkorps heranzubilden, auf das sich der Führer in jeder Lage verlassen kann, das nicht nur blind gehorcht, sondern auch – jeder an der Stelle, an die er gestellt wurde – weiß, worum es geht, d. h. fähig ist, so, wie es der Führer im großen für das ganze Volk tut, an jeder Stelle und in jeder Lage politisch zu handeln, also zu seinem Teil und an seinem Platz den Lebenskampf der Nation zu führen und zu helfen.“ Nur so lasse sich ein Versagen der politischen Führung wie im Winter 1918/19 verhindern. Zu diesem Zweck müssten die Gauführerschulen folgende Aufgaben realisieren: Sie müssten gleichzeitig „Auslesestätte“, „Erziehungsstätte“ und „Einigungsstätte aller Organisationen der Bewegung“ sein. Wie sich Studentkowski die „totale Lebensgemeinschaft“⁴⁷ auf den Schulungsburgen vorstellte, illustrierte Anfang 1935 ein Bericht über Hammerleubsdorf. Mögliche Standesgegensätze aus „marxistischer Zeit“ sollten dadurch „ausgelöscht“ werden, dass die Teilnehmer aus der Partei, der NSBO oder der DAF gemeinsam den Unterricht bestreiten, Sport treiben, spielen, essen und sogar gemeinsam die Räume reinigen, Kartoffeln schälen, Schuhe putzen oder auch zu sechst im Spülraum stehen. Jeder habe die „gleiche einfache Essschüssel“, das „gleiche weiße Bett“, das „gleiche Essen“, „jeder marschiert im selben Schritt [...] keiner tanzt aus der Reihe“. Es „ist derselbe, alle Sorgen lösende Gleichschritt, der alle umfassende Rhythmus des weltanschaulichen Aufbruches“.⁴⁸

Allein in Hammerleubsdorf, der ältesten sächsischen „Schmiede des Nationalsozialismus“, wurden zwischen 1933 und 1937 mehrere tausend NS-Führer in diesem Geiste geschult. Hatte die Einrichtung noch 1932/33 der Schulung von SA und SS-Führern gedient, kamen ab März 1933 ein Sonderlehrgang für HJ-Führer und ab Anfang August 1933 mehrere Amtswalterlehrgänge hinzu, auf denen u. a. sämtliche Kreisleiter der Partei durchgeschleust wurden. Ab Sommer 1934 richtete das Gauschulungsamt Hammerleubsdorf als Zentrum gemeinsamer Lehrgänge von DAF und Nationalsozialistischem Lehrerbund (NSLB) ein. In 71 Lehrgängen sollten sich so „Arbeiter der Stirn und der Faust“ kennen lernen und „Achtung voreinander“ erhalten. Gekoppelt war die Praktizierung der Volksgemeinschaftsideologie im Kleinen mit der Ausrichtung „auf das Ziel der völkischen Weltanschauung“. Neben diesem Schulungsschwerpunkt liefen seit Januar 1936 noch Rednerlehrgänge und Kurse des deutschen Volksbildungswerkes. Während erstere rhetorisches Können trainierten, damit die Absolventen „draußen in den Formationen der NSDAP“ als „Apostel des Nationalsozialismus“ in Erscheinung treten konnten, sollten die zweiten Kurse eher kulturell geprägte Teilnehmer dazu befähigen, „in dem sächsischen Winkel, wo sie gerade zu Hause sind, die Werte und Werke des Sachsenlandes zu schauen, zu erhalten und zu pflegen“.⁴⁹ Das war ein besonderes Anliegen des

47 Werner Studentkowski, Die Aufgaben des Gauschulungsamtes. In: ebd., Heft 7 (2), Juli 1935, S. 194.

48 Werner Klaus, Hammerleubsdorf. In: ebd., Heft 2 (2), Februar 1935, S. 48 ff.

49 Der Freiheitskampf vom 28.2.1937.

NSDAP-Gauleiters Martin Mutschmann, der auch die Ämter des Reichsstatthalters und Ministerpräsidenten bündelte.⁵⁰

Neben der Schulung und Auslese der Parteikader betrieben die bereits erwähnten Gauämter für Schulung und Kommunalpolitik gemeinsam eine flächendeckende Kadenschulung im Bereich der kommunalen Träger, die im Vergleich zu anderen Gauen und zur Reichsebene singuläre Wege ging. Anders als im Bereich der staatlichen Verwaltung, wo es nur auf der Ministerebene und in einzelnen Ämtern zur Verschränkung von Partei und Staat kam, lassen sich in kommunaler Hinsicht weit umfangreichere Eingriffe feststellen: Hier hatten im Frühjahr 1933 oftmals regionale Gliederungen der NSDAP vollendete Tatsachen geschaffen und Verwaltungsträger ausgewechselt. Die hohe Zahl von über 21 000 Beamten, die 1935 NSDAP-Mitglieder waren, zeigt das Wesen der NS-Herrschaft als „Zustimmungsdiktatur“. Die von Kunz und Studentkowski geleiteten Gauämter der NSDAP sahen es unter diesen Bedingungen als vordringlich an, einerseits die in die Partei geströmten Beamten einer weltanschaulichen Schulung zu unterziehen und andererseits jene Parteigenossen, die 1933 kommunale Ämter an sich gerissen hatten, fachlich wie ideologisch zu schulen. Dafür war auch Kunz' Amt bestens präpariert: Von den fünf Abteilungen, die er dirigierte, war eine direkt für Schulungsfragen zuständig.⁵¹ Darüber hinaus verfügte er bereits seit Mitte 1932 über Schulungserfahrungen auf kommunalem Gebiet⁵² und mit dem „NS-Gemeindeblatt“ über ein ebenso professionelles Periodikum wie Studentkowskis „Vorposten“.

Ab Frühherbst 1933 richtete Kunz' Amt erst ein-, dann zwei- und später auch vierwöchige Kurse für Bürgermeister ein, die allesamt auf der Gauschulungsburg Augustusburg stattfanden. Die Lehrer wurden dabei „ausschließlich“ vom Gauschulungsamt „bestellt“ und „bestimmt“. Bis März 1934 konnten auf diese Weise bereits 250 kommunale Herrschaftsträger fachlich wie weltanschaulich erzogen werden, wobei viele erst ins Amt gelangte „alte Kämpfer“ mit fachlichem Grundlagenwissen wie dem Girowesen bekannt gemacht werden mussten.⁵³ Für den ehrgeizigen Kunz stand es außer Frage, dass in Zukunft keine „Führer an der Spitze von Städten und Gemeinden“ stehen könnten, die den Nationalsozialismus „welfremd“ betrachteten.⁵⁴ Dazu nutzte er von Anfang an auch die im Zuge der Gleichschaltung und des Berufsbeamtengesetzes eröffneten Revirementmöglichkeiten an den Spitzen von Gemeinden und Städten. Bewerber wurden von seinem Amt „eingehend geprüft“ und zwar „in aller erster

50 Zur aufwendigen Sachsenpropaganda Mutschmanns vgl. weiterführend Thomas Schaarschmidt, *Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR*, Köln 2004.

51 Vgl. Nationalsozialistisches Gemeindeblatt, Folge 5 vom 1. 3. 1934, S. 118.

52 Das von Kunz bereits im Jahre 1930 gegründete Amt hatte als Vorbereitung zu den anstehenden Gemeindewahlen schon im Mai 1932 verschiedene Schulungskurse geplant. Vgl. Kunz an Fiehler vom 28. 5. 1932 (BA Berlin, NS 25, Nr. 61).

53 Nationalsozialistisches Gemeindeblatt, Folge 5 vom 1. 3. 1934, S. 115 ff.

54 Ebd., Folge 21 vom 1. 11. 1933, S. 538 f.

Linie auf die politische Zuverlässigkeit“, wobei hierzu die Ortsgruppenleiter der Partei und die Kreisleitungen „zugezogen“ werden sollten. Die in diesem Kontext gebildete „besondere Abteilung für Personalsachen“ fungierte dabei als „Mittlerstelle“ zwischen Ortsgruppen und sächsischem Innenministerium. Sie sollte „nach und nach“ sämtliche Bürgermeister „karteimäßig“ erfassen, um auf diese Weise die individuelle Eignung und Zuverlässigkeit wohl über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Besonders dieses Vorgehen verdeutlicht das Bestreben von Kunz' Amt, tatsächlich Kaderpolitik zu betreiben. Weitere Belege dafür finden sich auch in dem Hinweis, die Zusammenarbeit mit dem Personalamt von Reichsstatthalter Mutschmann „engstens“ zu gestalten und „neuerdings“ alle NS-Bürgermeister den jeweiligen Kreisleitungen der Partei in parteipolischer und organisatorischer Hinsicht zu „unterstellen“. ⁵⁵

Doch auch für die Ebenen unterhalb der Bürgermeister verfocht Kunz weit reichende Pläne: So wollte er ab Ende 1934 mit einer „ernsthaften Schulung“ u. a. auch alle Gemeinderäte „restlos“ erfassen. Ein Jahr später lief auf der Augustusburg bereits der 12. Lehrgang für Kommunalpolitiker, ⁵⁶ doch auch dieser Fortschritt befriedigte Kunz noch immer nicht. Um wirklich „sämtliche Träger kommunaler Ehrenämter in Sachsen erfassen“ zu können, gründete er im Mai 1937 eine „Gauschule für Kommunalpolitik und Verwaltung“ in Pulsnitz, die im Reich ohne Vorbild war. Bereits im ersten Jahr ihrer Existenz konnte die neue Gauschule, die 400 Personen monatlich fasste, 32 Lehrgänge durchführen und 2 419 Teilnehmer schulen. Zu den 1 109 Gemeinderäten, 346 Ratsherren, 292 Beigeordneten, 39 Stadträten und 51 Bürgermeistern zählten überwiegend Parteigenossen, von denen allerdings der größte Teil erst 1933 zur Partei gestoßen war. Auf dem Lehrplan der mehrwöchigen Veranstaltungen standen zum einen reine Verwaltungsthemen wie Haushaltsrecht, Gemeindegewesen und Polizeifragen, zum anderen aber auch Themen zur nationalsozialistischen Weltanschauung wie „Rassepolitische Aufgaben der Gemeinden“, „Organisation der NSDAP“ und die „Grundlagen des Nationalsozialismus“. ⁵⁷ Auch wenn sich der Erfolg einer solchen Schulungsarbeit nur schwer einschätzen lässt, bildete sie doch einen wesentlichen Versuch der NS-Gauleitung, einen Großteil der Beamten und der Inhaber kommunaler Ehrenämter auf den neuen Staat einzuschwören und sie in diesen zu integrieren.

55 Ebd., Folge 5 vom 1.3.1934, S. 115 ff.

56 Ebd., Folge 20 vom 15.10.1935, S. 624 f.

57 Gauschule der NSDAP für Kommunalpolitik und Verwaltung Pulsnitz. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht für das Arbeitsjahr 1937/38. Geschäfts- und Prüfungsbericht 1937/38 des Vereins Schule für Kommunalpolitik und Verwaltung e. V., S. 2-8.

IV. Aufbau und Zweck der kommunistischen Kaderschulung

Als die „Initiativgruppen“ der KPD im Frühjahr 1945 deutschen Boden betreten, hatte sich für sie die „Kaderfrage“ nicht wesentlich verbessert: Mit den im sowjetischen Exil erreichten und geschulten Genossen ließ sich nicht einmal ansatzweise jenes Stalin-Credo realisieren, welches Wilhelm Pieck im Oktober 1944 seinen Anhängern so eindringlich eingeschärft hatte: „Die Kader entscheiden alles!“ Mit ein Paar Dutzend geschulten Kommunisten und „Antifaschisten“ konnten allenfalls einige strategisch wichtige Positionen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) besetzt werden, doch für eine tatsächliche Machtübernahme reichte das bei weitem nicht aus.⁵⁸ Zwar konnte die Moskauer Exil-Führung um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht nun auch wieder auf jene Mitglieder und Funktionäre zurückgreifen, die 1933 im Land geblieben waren, und auch auf den Teil der Bevölkerung zählen, der sich den neuen Machthabern zur Verfügung stellte, aber auch sie mussten nach kommunistischem Verständnis erst geschult und mit den neuen taktischen Überlegungen vertraut gemacht werden. Zudem stand zu erwarten, dass der größere Teil der Bevölkerung wenig Verständnis für das kommunistische Anliegen zeigen würde – und zwar aufgrund der nationalsozialistischen Propaganda und Schulung sowie der sowjetischen Übergriffe. An den Aufbau einer „Zustimmungsdiktatur“ war also nicht zu denken.

Wollte sich die kommunistische Partei im sowjetischen Besatzungsbereich als entscheidender Faktor durchsetzen und auf Dauer ihre Herrschaft etablieren, musste sie jedoch sehr rasch die „Kaderfrage“ lösen. Dabei kam ihr die nationalsozialistische Verankerung in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft, besonders aber im Staatsapparat, wiederum entgegen: Denn unter dem Schlagwort der Entnazifizierung konnten die Kommunisten jetzt daran gehen, einen erheblichen Teil der Beamten und Angestellten, die NSDAP-Mitglieder waren, durch eigene Mitglieder und Funktionäre zu ersetzen. Die Zerschlagung des alten Staatsapparates, der Aufbau einer neuen Verwaltung und die Revolutionierung der Gesamtgesellschaft bei einer nur geringen Anzahl einsatzfähiger eigener Kader erschien jedenfalls im Sommer 1945 äußerst kompliziert und angesichts der taktischen Kompromisse aufgrund der gesamtdeutschen Situation auch den kommunistischen Anhängern nur schwer vermittelbar. Ohne die massive Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und ihrer Abteilungen wäre sie überhaupt nicht lösbar gewesen.⁵⁹

Der erste Schritt, den östlichen Teil der deutschen „Zusammenbruchsgesellschaft“ in den Griff zu bekommen, bestand also darin, eine radikale, Hunderttausende Menschen umfassende Entnazifizierung durchzusetzen und zuerst die

58 Zur kaderpolitischen Situation der Exil-KPD vgl. Jörg Morré, *Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946*, München 2001.

59 Vgl. Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999.

frei werdenden strategisch wirklich wichtigen Positionen mit eigenen Mitgliedern zu besetzen. Strategisch wichtig bedeutete für die Moskauer-Kader um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck 1945, Exekutivfunktionen wie die eines Polizeipräsidenten, eines Kreisrats des Inneren, eines Landrates, eines Chefs der Personalverwaltung oder eines Landesinnenministers in die eigenen Hände zu nehmen. Verwaltungstechnisch betrachtet hieß das nichts anderes, als sämtliche solcher Schlüsselfunktionen von der Landkreisebene aufwärts bis zur Ebene der gerade neu gegründeten Länder mit mehr oder weniger geeigneten Mitgliedern aufzufüllen, denn fachlich *und* weltanschaulich geschulte Personen standen in dieser ersten Phase nur in geringem Maße zur Verfügung. Die aus Moskau eingeflogenen Kader sowie geschulte einheimische Kräfte vermochten in den ersten Monaten lediglich die Spitzen von Innenministerien, Landespolizeiverwaltungen oder Landkreisverwaltungen abzudecken.⁶⁰

Aus diesem Grund erschien der zügige Aufbau des zentralen KPD-Parteiapparates für die künftige „Kaderentwicklung“ von entscheidender Bedeutung. Tatsächlich gelang es der Gruppe um Ulbricht noch im Sommer 1945, die wichtigsten Abteilungen einzurichten, darunter die für die Kaderschulung so wichtige Agitprop-Abteilung, die dem Moskauer-Kader Anton Ackermann unterstand und die für die Steuerung der Schulen zuständig zeichnete, sowie die Kaderabteilung, die der frühere KZ-Häftling Franz Dahlem übertragen bekam. Ein analoges Abteilungssystem ließ die Berliner Zentrale in den fünf Bezirksverbänden der KPD einrichten, die mit den neuen Landesverwaltungen deckungsgleich waren. Welche enorme Bedeutung der künftigen Kaderschulung beigemessen wurde, verdeutlicht die personelle Entwicklung der zentralen Agitprop-Abteilung: Kurz vor der Vereinigung mit der SPD zählte sie 21 hauptamtliche Mitarbeiter und bildete damit die größte Abteilung.⁶¹ Sowohl in der Agitprop- als auch in der fast gleich großen Kaderabteilung existierten mehrere Referate, die sich u. a. mit der Koordinierung der Parteischulung, der Schulungsdispositionen, der Herausgabe einer theoretischen Zeitschrift, der Lenkung eines eigenen Verlages sowie mit der „Abwehr“ und der „illegalen Parteigeschichte“ beschäftigten.⁶²

Schwieriger als die Etablierung der Steuerungsinstrumente sollte sich allerdings der Aufbau einer zentralen Parteischule der KPD erweisen: Obwohl bereits im Sommer 1945 entsprechende Planungen liefen und erste Kurse schon im September beginnen sollten, zogen sich die Vorbereitungen infolge Mangels eines geeigneten Gebäudes über Monate hin. Zumindest in diesem Fall war wohl die KPD-Führung nicht geneigt, ihre Schulungseinrichtung in eine ehemalige zentrale Schulungsburg der NSDAP zu verlegen. Erst im März 1946 konnte

60 Vgl. das Beispiel Sachsen: Mike Schmeitzner/Stefan Donth, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln 2002, S. 61–74 und 141–173.

61 Michael Kubina, Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945–1946. In: Manfred Wilke (Hg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 49–117, hier S. 91.

62 Vgl. ebd., S. 110 ff.

die zentrale KPD-Parteischule in Liebenwerda bei Berlin eröffnet werden, so dass bis zur Gründung der SED nur noch Kurzlehrgänge abgehalten wurden.⁶³ In ihren fünf Bezirksparteiverbänden hatte die kommunistische Partei bis zu diesem Zeitpunkt eine z. T. viel effizientere Struktur zu errichten vermocht: Die fünf Bezirksparteischulen der Länder und einige Gebietsparteischulen hatten schon mehrere tausend Mitglieder besucht, die anschließend in Parteifunktionen oder in Verwaltungspositionen kamen.

Eine Zäsur, wenn auch keine wirklich einschneidende, markierte für die gerade angelaufene Kaderschulung der KPD die Vereinigung mit der SPD im Frühjahr 1946. Durch die Gründung der SED konnten die Steuerungsinstrumente und Schulungseinrichtungen nicht wieder rückgängig gemacht werden, hatte doch die SPD auf der zentralen Ebene nicht einmal ansatzweise ein Gegengewicht ins Feld zu führen. Der viel beschworene „Kompromisscharakter“ der Einheitspartei sah außer der paritätischen Besetzung von Funktionen vor allem eine Umbenennung einzelner Abteilungen vor: So wurde etwa die bisherige Agitprop-Abteilung der KPD in Abteilung Schulung und Werbung und die bisherige Kaderabteilung in Personal-Politische Abteilung (PPA) umbenannt. Da der organisatorische Aufbau der SPD mehr auf dem Ehrenamtlichenprinzip als auf dem Hauptamtlichenprinzip beruhte, wurden in den meisten Fällen ehemalige Sozialdemokraten den vormaligen KPD-Abteilungen zugeordnet. Inhaltliche Einflussnahmen vermochten sie kaum oder überhaupt nicht zu nehmen. Im Gegenteil: Bei der weiteren personellen Aufblähung der beiden Abteilungen und der Schulungseinrichtungen wurden sie rasch an den Rand gedrängt, ideologisch umgeprägt oder nach kurzer Zeit wieder aus den Funktionen „gesäubert“. Bei der Gründung der SED handelte es sich so von Anfang an um einen „Eintritt der SPD in die KPD“, wie der Freitaler Oberbürgermeister Arno Henig schon Anfang 1946 ganz richtig erkannte.⁶⁴

Und auch der angebliche „Kompromisscharakter“ in Fragen der Weltanschauung blieb von Anbeginn ein sozialdemokratisches Wunschbild, das die Kommunisten keineswegs beeindrucken konnte. Den „konsequenten Marxismus“, auf den sich Kommunisten und Sozialdemokraten als gemeinsame Plattform geeinigt hatten, kommentierte etwa Anton Ackermann (KPD/SED), der SED-Chefideologe, mit den Worten, „dass wir nicht nur die Schriften von Lenin, Stalin, von Marx, Engels, August Bebel, Liebknecht und Plechanow lesen sollten, sondern auch Hilferdings Finanzkapital“. Nach Ackermann genüge es, „vom Marxismus zu sprechen“, man müsse „nicht immer vom Marxismus-Leninismus reden“. Es handle sich dabei „mehr um eine pädagogische Frage“, da die Partei „noch nicht so weit“ sei, dass man „ununterbrochen Marxismus-Leninismus sagen könne“.⁶⁵ Ähnlich taktisch verstand den „Kompromisscharakter“

63 Vgl. ebd., S. 95.

64 Protokoll der erweiterten Sitzung des SPD-Landesvorstandes Sachsen vom 4.2.1946 (SächsHStAD, SED-BPA Dresden, II/A/1.001).

65 So die wörtliche Wiedergabe von Ackermanns Ausführungen auf einer Sitzung des SED-Parteivorstandes durch Wilhelm Koenen, der dem Gremium gleichfalls angehörte.

auch die kommunistische Mehrzahl der Lehrer auf den Parteischulen, die sich um die „Reinhaltung der marxistisch-leninistischen Theorie an der Schule“ auch weiter mühten, Themenfelder wie „Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie“ unterrichteten und dabei Stalins Werke benutzten.⁶⁶

Eine neue Qualität erhielt der Aufbau des Parteischulwesens im Gefolge der für die SED und die SMAD enttäuschend verlaufenen Herbstwahlen 1946: Trotz massiver Unterstützung durch die Besatzungsmacht hatte die SED in keinem der Länder der SBZ die absolute Mehrheit erzielt; in Groß-Berlin, wo zudem die SPD antreten konnte, wurde die Einheitspartei gerade einmal drittstärkste Partei. Die Ursachen des Wahldebakels suchte die SMAD nicht in der eigenen Politik, sondern in der angeblich nationalsozialistisch beeinflussten Bevölkerung sowie in „ideologischen Schwächen“ und im „Schwanken der SED-Mitglieder“.⁶⁷ Diesem Manko konnte nur mit einer verstärkten Schulung und Kaderentwicklung begegnet werden! Auf Veranlassung der SMAD reagierte Ende Oktober 1946 der SED-Parteivorstand mit einem Beschluss über die Erweiterung der „Bildungsarbeit“. Zu den kurzfristig arrangierten Maßnahmen zählten vor allem der Aufbau von Kreisparteischulen sowie der Ausbau der zentralen Parteischule zur SED-Parteihochschule mit eigenem Lehrkörper und die Erweiterung der fünf Landesparteischulen, die ebenfalls bald über eigene Lehrkörper verfügten. Bereits im Herbst 1947 existierten über 100 Kreisparteischulen und bis Anfang 1949 hatten über 130 000 Mitglieder die neuen Einrichtungen durchlaufen.⁶⁸ Die „planmäßige“ „Entwicklung“ von Kadern für höhere Parteifunktionen, für die staatlichen Verwaltungen, für die Polizei oder für die „Massenorganisationen“ übernahmen seit 1947 in aller Regel die Landesparteischulen und die SED-Parteihochschule.⁶⁹ Für die ideologische „Klarheit“ beim Aufbau der Planwirtschaft sollten ab 1948 die Betriebsparteischulen sorgen.

In dem Maße, wie sich die SED ihres sozialdemokratischen Elements entledigte und wieder offen zur kommunistischen „Partei neuen Typus“ avancierte (1948), in dem Maße, wie sie durch die Gleichschaltung der verbliebenen Parteien und Organisationen zunehmend den Charakter einer Staatspartei erhielt, in dem Maße versuchte sie auch ihre „führende Rolle“ in allen Bereichen mit treu ergebenden Kadern sicherzustellen. Zur Formalisierung dieser diktatorischen Stellung erließ die SED-Spitze Anfang 1949 den Auftrag an die PPA, eine

te. Beschluss-Protokoll der Landessekretariatssitzung der SED Sachsen vom 29.10.1946 (SächsHStAD, SED-BPA Dresden, A/778, Bl. 248 f.).

- 66 Zit. nach Mike Schmeitzner, *Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952* (Berichte und Studien Nr. 33), Dresden 2001, S. 106 f.
- 67 Zit. nach Alexander Haritonow, *Ideologie als Institution und soziale Praxis, Die Adaption des höheren sowjetischen Parteischulsystems in der SBZ/DDR (1945–1956)*, Berlin 2004, S. 19.
- 68 Thekla Kluttig, *Parteischulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961*, Berlin 1997, S. 148 und 150.
- 69 Vgl. Hermann Weber, *Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ bis 1949*, Berlin 2002, S. 40 f.

„Nomenklatur der Funktionen“ zu erarbeiten, „für die die zentrale Personalpolitische Abteilung und die Abteilungen bei den Landesvorständen verantwortlich sind“. Damit waren vor allem Leitungsfunktionen in Partei, Staat und Gesellschaft gemeint, die ebenso wie die dafür ausgewählten Personen künftig in „speziellen Verzeichnissen“ geführt und auf verschiedenen Ebenen (Zentrale, Länder) registriert werden sollten. Verantwortlich dafür waren die PPA bzw. Kaderabteilungen (so wieder die Bezeichnung ab 1949), die sowohl die Kaderakten der Nomenklaturkader als auch die Registraturen der bekannten „entwicklungsfähigsten Genossen“ anzulegen hatten.⁷⁰ Ab Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre konnte die SED nicht mehr nur auf die „entwicklungsfähigsten“ Absolventen der Parteischulen zurückgreifen, sondern in zunehmendem Maße auch auf Abgänger von neuen fachspezifischen Kadern wie der „Hochschule für Planökonomie“ oder der „Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Walter Ulbricht“.

V. Kommunistische Kadernschulung in Sachsen

Ein Blick auf die sächsische Entwicklung mag im Folgenden verdeutlichen, wie früh und zielgerichtet auf manchen Ebenen des Parteiapparates ein innerparteilicher Schulungsapparat, die dazugehörigen Steuerungsinstrumente und eine Kaderpolitik ins Werk gesetzt wurden. Er zeigt aber auch, mit welcher Rigorosität die Kommunisten alle gegenläufigen Tendenzen und Strukturen bekämpften, die sich ihnen im Zuge der Zwangsvereinigung in den Weg zu stellen drohten. Die Vorreiterrolle, die Sachsens Kommunisten auch auf dem Gebiet der Kadernschulung spielten, setzte – wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen – jene Sonderentwicklung fort, die sächsische Nationalsozialisten nach 1933 mit dem Aufbau ihres Schulungssystems betrieben hatten.

Es waren mehrere Gründe, die eine solche Vorreiterrolle ermöglichten: Zum einen die Schaffung einer kommunistischen „Musterverwaltung“ in Dresden, die noch vor der Errichtung eines Berliner Magistrats Konturen erhielt und in der führende Moskauer-Kader der KPD Schlüsselpositionen übernahmen, und zum anderen die Zusammensetzung der kommunistischen „Initiativgruppe“, die im Frühjahr 1945 für Sachsen und Mitteldeutschland verantwortlich zeichnete. Sowohl der Kopf der Gruppe, nämlich Anton Ackermann, als auch der vormalige Chef der Moskauer Exil-Parteischule, Hermann Matern, waren in Ideologie- und Schulungsfragen besonders sensibilisiert. Personelle Verstärkung fanden diese Spitzenkader noch im Sommer 1945 durch mehrere Schulungsspezialisten, die, wie Ludwig Arnold und Bernhard Dohm, von Schulungsein-

70 Monika Kaiser, Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952. In: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 57–86, hier S. 75 f.

richtungen der Roten Armee freigegeben worden waren. Hinzu traten noch Moskau-Kader der KPD wie Kurt Fischer, Artur Hofmann und Egon Dreger, die seit Sommer 1945 von der Spitze oder von Schlüsselpositionen des Staatsapparates aus eine effiziente Kaderpolitik betrieben.⁷¹

Die Grundlagen der überaus erfolgreichen sächsischen Kaderschulung legte noch im Sommer 1945 der neu ernannte KPD-Bezirksvorsitzende Hermann Matern. Piecks Vorstellungen aus dem Moskauer Exil wurden von ihm geradezu idealtypisch umgesetzt: Bereits Anfang Juli 1945 schuf Materns kommunistischer Führungszirkel Agitprop- und Kaderabteilungen auf Landesebene, die den Schulungsbetrieb und die Kaderpolitik organisieren sollten. Es war wohl kein Zufall, dass dabei mit Ludwig Arnold und Bernhard Dohm auf die beiden Schulungsspezialisten der Roten Armee zurückgegriffen wurde, die künftig den Aufbau des Schulungsbetriebes von der Agitprop-Abteilung aus zu leiten hatten. Lange vor der Schaffung einer zentralen Parteischule bei Berlin setzte Matern auch die Einrichtung einer sächsischen Bezirksparteischule durch: Sie wurde im September 1945 eröffnet und konnte gleichzeitig 160 Schüler unterrichten. Moralische Skrupel darüber, dass er die höchste sächsische Kaderschmiede in die Gebäude der vormaligen BDM-Führerinnenschule in Ottendorf verlegte, dürften Matern nicht wirklich umgetrieben haben, schien doch das Umfeld durch deren Existenz schon bestens präpariert.⁷²

Eine flankierende Unterstützung erhielt die KPD-Bezirksparteischule ab Februar 1946 noch durch sechs Gebietsparteischulen, die gleichzeitig etwa 400 Funktionäre für die Kreisebenen zu „entwickeln“ vermochten. Neben der Theorie des Marxismus-Leninismus stand bei beiden Schultypen das flexibel angelegte kommunistische Programm im Mittelpunkt des Lehrplans. So fanden sich Unterrichtseinheiten zur deutschen Geschichte, zu „Faschismus und Krieg“ und zum „demokratischen Neuaufbau Deutschlands“ ebenso wie zur Entwicklung des sowjetischen Vorbilds unter Lenin und Stalin, zu „Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie“ und zu „Praktischen Fragen des Parteaufbaus“, wobei in der letzten Einheit konsequenterweise die „Kaderpolitik“ den zentralen Platz einnahm.⁷³ Wie „demokratisch“ sich die kommunistischen Schulungsspezialisten den „Neuaufbau“ vorstellten, geht aus den Schriften hervor, die auf den Schulen Verwendung fanden: Bis auf wenige Ausnahmen und ein von Arnold und Dohm gemeinsam gefertigtes „Politisches Wörterbuch“ (!) kamen durchweg die „Klassiker“ der sowjetischen Diktatur (also Lenin und Stalin) mit ihren staatstheoretischen Werken zum Einsatz. Bis März/April 1946 wurden in diesem Geiste über 1 300 kommunistische Funktionäre geschult und in alle innerparteilichen und gesellschaftlichen Bereiche „eingebaut“.⁷⁴ Dafür zeichnete wie-

71 Vgl. Schmeitzner, Schulen der Diktatur, S. 16 ff.

72 Vgl. ebd., S. 35 f.

73 Vgl. ebd., S. 33-41, 47-51.

74 Vgl. Informationsbericht über die Schulungsarbeit nach dem Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946 in Berlin (SächsHStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/529, Bl. 29 ff.).

derum die Kaderabteilung verantwortlich, in deren Auftrag Erich Glaser, der Kaderleiter, seit Herbst 1945 in Ottendorf höchstpersönlich die Absolventen begutachtete und ihren künftigen Einsatz plante. Von dem ersten Lehrgang mit insgesamt 165 Schülern wurden z. B. 85 Absolventen als hauptamtliche Parteifunktionäre, 56 als höhere Verwaltungsangestellte des Bundeslandes Sachsen und 25 als verantwortliche Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre vorgesehen.⁷⁵

Zentrale Voraussetzung dafür, dass die Absolventen der Schulen nicht nur in der eigenen Partei zum Zuge kamen, sondern vornehmlich auch in der staatlichen Verwaltung, war die Zerschlagung des alten Staatsapparates im Sommer 1945 gewesen. Zwar hatten KPD und SMA an die Spitze der neuen Landesverwaltung einen Sozialdemokraten gestellt und weitere führende Positionen mit „bürgerlichen Demokraten“ besetzt, doch waren die Schlüsselpositionen an die eigenen Kader gefallen. Das sächsische Innenministerium konstruierte die KPD-Bezirksleitung sogar als „Parteiministerium“. Vom sowjetischen Geheimdienstkader Kurt Fischer geleitet, steuerte es im Zusammenspiel mit dem eigenen Personalamt (Leiter: Egon Dreger, KPD) und der Kaderabteilung der KPD die Personalpolitik in den staatlichen Verwaltungen. Die sukzessive Entlassung von über 70 000 Verwaltungsangestellten im Zuge der Entnazifizierung bildete dafür die Grundlage. Wie sich Fischer das Zusammenspiel zwischen seinem Ministerium und der Parteileitung vorstellte, erläuterte er in einer Rede vor Absolventen der KPD-Bezirksparteischule Mitte März 1946. Die Arbeit, die in seinem Ressort geleistet werde, sei, so der Minister, ein „bedeutender Teil der Parteiarbeit“. Seine Mitarbeiter seien „Beauftragte der Partei“, die den „Willen und die Linie der Partei durchzuführen haben. Die Genossen, die in der Parteiarbeit stehen, sollen wissen, dass wir ein verlängerter Arm mehr sind, um unser Ziel durchzubringen.“⁷⁶

An dieser Entwicklung konnte auch die Vereinigung mit der SPD im April 1946 nichts mehr ändern. Als ein notwendiges Instrument zur Diktaturdurchsetzung mittels Kaderschulung und „Kaderentwicklung“ für Partei, Staat und Gesellschaft blieb das kommunistische Apparatsystem auch nach der Gründung der SED intakt. Dies betraf in erster Linie die Agitprop- und Kaderabteilungen, die – wie auf zentraler Ebene – lediglich ihren Namen wechselten, dafür aber mit einem größeren Personal ihre Aufgaben noch effektiver verfolgen konnten. Intakt blieb selbstverständlich auch die KPD-Bezirkparteiesschule, die künftig als Landesparteiesschule der SED fungierte und als Kernstück der höheren Kaderschulung ebenso weiterarbeitete wie die sechs Gebietsparteiesschulen. Dass das für Kommunisten eine klare Angelegenheit war, zeigt ein von Arnold und Dohm

75 Vgl. Schreiben der KPD-Bezirksleitung, Kaderabteilung, an die Schulleitung der 1. Parteiesschule und an die Absolventen vom 5. 10. 1945 (SächsHStAD, SED-BPA Dresden, I/A/005).

76 Rede des Innenministers Kurt Fischer vor den Lehrgangsteilnehmern der Parteiesschule der KPD in Ottendorf am 13. 3. 1946 (SächsHStAD, Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 99).

ausgearbeiteter „Leitfaden für den Grundkurs für alle Parteimitglieder“: „Die Partei der Arbeiterklasse, wie sie uns als kommunistische Partei entgegentritt, und wie wir die kommende sozialistische Einheitspartei aufgebaut sehen wollen, muss eine Partei werden, wie sie in Russland von Lenin geschaffen wurde, und heute von Stalin weitergeführt wird [...] Gerade [...] das Wesen dieser Partei sicherte ihre weltgeschichtlichen Erfolge.“⁷⁷

Als ein Hindernis für eine solche kommunistische Kontinuität erwies sich allein die Arbeiterakademie der sächsischen SPD, die in dieser Form und zu dieser Zeit Einzigartigkeit für alle Zonen beanspruchen konnte.⁷⁸ Eingerichtet und geleitet wurde sie vom Freitaler Oberbürgermeister und sächsischen SPD-Kulturreferenten Arno Hennig, der als Gegenspieler des „Einheitsapostels“ Otto Buchwitz galt. Hennig, der bereits im Herbst 1945 das Konzept der sozialdemokratischen Volkspartei entworfen hatte, betrachtete die von ihm errichtete Akademie als einen verwirklichten Lebenstraum und den hier verankerten Weltanschauungspluralismus als einen entscheidenden Schritt der SPD auf dem Weg zur Volkspartei. Die Kommunisten sahen das genau umgekehrt: Für sie bedeutete die Akademie eine Quelle der ideologischen Verwässerung, die unbedingt stillgelegt werden musste. Nachdem der kommunistische Führungszirkel die Akademie in den ersten Monaten der Vereinigung als „Einheitsgeschenk“ zu akzeptieren schien, griff er dann im September 1946 zum Mittel der Liquidierung: Mit Unterstützung der SMA wurde das sozialdemokratische Kuratorium zerschlagen und Hennig zur Flucht in die Westzonen veranlasst. Seinen Stellvertreter Arno Wend, vormals Chef der Dresdner SPD, ließen die deutschen und sowjetischen Kommunisten in einer konzertierten Aktion wenig später als SMT-Verurteilten ins GULag verfrachten. Seit Ende 1946 lief die Akademie als SED-Sonderschule weiter.⁷⁹

Mit nunmehr einer zweiten Landesschule und bald schon 24 Kreispartei-schulen konnten Sachsens Kommunisten ihren kaderpolitischen Weg jetzt ohne weitere Hindernisse beschreiten. Das System der Schulung wurde weiter verfeinert und systematisiert, die Laufzeiten der Lehrgänge immer weiter ausgedehnt, so dass ab 1947 von einer nachhaltigeren Prägung der Absolventen gesprochen werden konnte. Die Koordinierung zwischen den weiter ausgebauten Steuerungsinstrumenten, der Landeschulungsabteilung und der PPA (Kaderabteilung) erfolgte reibungsloser, wobei auf Seiten der PPA das Referat „Parteischulen und Funktionsentwicklung“ sowie das Referat „Parteifunktionäre, Erfassung und Einsatz“ die Hauptlast trugen.⁸⁰ Aber auch zur ideologischen

77 Leitfaden für den Grundkurs für alle Parteimitglieder zum Thema: Grundzüge und Wesen der Partei, [o. D.] vermutlich 1945/46 (SächsHStAD, SED-BPA Dresden, I/A/036).

78 Weitere Akademien von SPD-Landesverbänden existierten seit 1947 in Berlin und in Bayern. Sie gingen auch hier auf das besondere Engagement von bildungspolitisch profilierten Führern wie Kurt Schmidt oder Waldemar v. Knoeringen zurück.

79 Vgl. Schmeitzner, Schulen der Diktatur, S. 52–60, 72–74 und 85–87.

80 Vgl. ebd., S. 97.

Klarheit kehrten die kommunistischen Verantwortlichen spätestens 1948 wieder zurück: Der „konsequente Marxismus“ verschwand nun auch ganz offiziell aus dem politischen Sprachgebrauch und wurde durch den „Marxismus-Leninismus“ ersetzt. Mit der Einführung des Zwei-Jahresplans 1948 schob sich das System der ideologischen Indoktrination bald auch in Sachsen bis in die Produktionssphäre vor. Eine der 39 sächsischen Betriebsparteischulen wurde im Januar 1949 sogar bei der Landesregierung gebildet, um den weltanschaulichen Zugriff auf die mittlerweile hier beschäftigten 2 600 SED-Mitglieder zu verstärken.⁸¹

Die doppelte Funktion der Kaderschulung, einerseits den eigenen Parteiapparat zu schulen und andererseits Kader für Partei, Verwaltung, Wirtschaft und „Massenorganisationen“ zu „entwickeln“, blieb später trotz Eröffnung der von der SED kontrollierten Verwaltungs- und Gewerkschaftsschulen bestehen. Ende 1951 hatten von den damals 399 647 Mitgliedern der sächsischen SED über 29 000 eine Betriebsparteischule, fast 41 000 eine Kreisparteischule und über 2 200 eine Landesparteischule besucht.⁸² Die „führende Rolle“ der Partei gegenüber den Verwaltungen war schon seit 1948/49 durch die Unterordnung der Minister, der Landräte, der Kreisräte für Inneres und der Bürgermeister unter die jeweiligen Gremien der Partei (Landessekretariat, Kreissekretariat, Ortsleitungen) weitestgehend durchgesetzt worden. Mit der Einführung des Kadernomenklatursystems in Sachsen (1950) wurde auch hier das System der kaderpolitischen Beherrschung der Verwaltungen durch die SED perfektioniert und formalisiert. Wichtige Verwaltungsfunktionen unterlagen von nun ab der Bestätigungspflicht seitens der nächst höheren Leitung der Partei.⁸³

VI. Vergleichende Betrachtungen

Nimmt man beide Weltanschauungsdiktaturen in den Blick, dann fällt sofort auf, dass der Anspruch auf Ausschließlichkeit der eigenen Ideologie Nationalsozialismus und Marxismus-Leninismus verbindet. Beide Weltanschauungsparteien verkündeten die „Totalität“ ihrer jeweiligen Ideologie und trachteten auch danach, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen vollständig umzuwälzen. Beide erstreben sogar in allerletzter Konsequenz die Schaffung „neuer Menschen“. Doch beide verfolgten unterschiedliche Utopien – die NSDAP eine rassistische und die Kommunisten eine klassenkämpferische. Während der Nationalsozialismus ein germanisches Reich deutscher Nation auf arischer Grundlage anstrebte, wollte der Marxismus-Leninismus eine klassenlose Gesellschaft verwirkli-

81 Vgl. ebd., S. 130.

82 Vgl. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik nach dem Stand vom 31. Dezember 1951, Landesleitung Sachsen (SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/5, Nr. 1395, Bl. 113 f.).

83 Vgl. Schmeitzner, Schulen der Diktatur, S. 98 f.

chen. Im Nationalsozialismus dominierte demzufolge die Vorstellung von der Geschichte als Geschichte von Rassenkämpfen, in deren Mittelpunkt die germanische Rasse stand. Im Kommunismus wurde hingegen die Geschichte als fort-dauernde Geschichte von Klassenkämpfen interpretiert, an deren Ende natur-notwendig der durch die Arbeiterklasse gesicherte Übergang zum Sozialismus und Kommunismus, d. h. zu einer klassenlosen Gesellschaft, stand. Der Weg zum Ziel konnte dabei nicht unterschiedlicher sein: Während die Kommunisten die soziale Umwälzung der Gesellschaft als naturnotwendig beschrieben und damit auch die Beseitigung der bürgerlichen Klassen als soziale Institution ins Auge fassten, wollten die Nationalsozialisten Juden und andere erklärte Gegner nicht einfach nur aus ihrer sozialen Stellung verdrängen, sondern tatsächlich auch physisch vernichten. Die auf Blutsgedanken und „Ausmerzungs-“ „fremd-völkischer“ Einflüsse sowie auf ideologischer Einordnung basierende „Volksgemeinschaft“ kontrastierte mit einer vornehmlich auf Zwang und freiwilliger Unterwerfung ausgerichteten „klassenlosen Gesellschaft“ kommunistischer Provenienz.

Der Weg zur Realisierung beider Utopien führte Kommunisten wie Nationalsozialisten zur monokratischen Parteienbildung sowie zum Versuch der Macht-sicherung und Herrschaftsetablierung über eine Weltanschauungsdiktatur. Beide Weltanschauungsformationen waren davon überzeugt, über die spezielle Ausbildung politisch-ideologisch fest ausgerichteter Parteifunktionäre ihre Herrschaft durchsetzen und dauerhaft behaupten zu können. Der kommunistische Begriff des Kaders fand zwar keinen Eingang in den nationalsozialistischen Sprachgebrauch, doch bezeichnet er genau den Typ des geschulten Parteifunktionärs, den die NSDAP als Herrschaftsträger ausbilden wollte. Dem Kaderbegriff lag demnach eine übereinstimmende Definition zugrunde: Nach den Worten des Hauptschulungsleiters der NSDAP, Max Frauendorfer, sollten geschulte Funktionäre „Fachkenntnisse und weltanschauliche Sicherheit“ in sich vereinen. Diese beiden Eigenschaften wurden also von beiden Parteien als Ergebnisse einer innerparteilichen Schulung betrachtet, aufgrund derer der Absolvent von dem jeweiligen Regime auf den ihm zugewiesenen Platz gestellt werden sollte. Der Wille, eine eigene nationalsozialistisch geprägte bürokratische Herrschaft mittels Kader zu etablieren, war also durchaus ausgeprägt.

Dem entsprach auch die strukturelle Gliederung der beiden Weltanschauungsparteien. Sowohl die Kommunisten als auch die Nationalsozialisten verfügten über breit gefächerte Steuerungsinstrumente zur Kaderschulung. Mit dem Hauptschulungsamt auf zentraler Ebene sowie den Gau- und Kreisschulungs-ämtern in den einzelnen Regionen verfügte die NSDAP bereits seit 1933 über Einrichtungen, die den Aufbau und die Lenkung eines innerparteilichen Schulungswesens ins Werk setzen konnten. Mit den Agitprop- bzw. Schulungsabteilungen hatte sich die KPD/SED analoge Steuerungsinstrumente geschaffen, die allerdings eindeutig dem sowjetischen Vorbild folgten. Was die materielle und personelle Ausstattung beider Systeme betrifft, so war die kommunistische Seite ungleich besser präpariert. Allein schon ein Blick auf die zentrale Ebene ver-

deutlich die ungleiche Verteilung der Ressourcen: Während die KPD/SED seit den 1950er Jahren einen voluminösen Parteiapparat als Steuerungsinstrument sowie eine Parteihochschule, mehrere ZK-Institute, ein halbes Dutzend fachspezifisch ausgerichteter Akademien und Hochschulen sowie Dutzende Bezirks- und Kreisparteischulen als Kaderschmieden besaß, verfügte das Hauptschulungsamt der NSDAP nur über eine Reichsparteischule und mehrere Dutzend Gauschulungsburgen. Die von Robert Ley im Sommer 1933 angekündigte Etablierung von Parteihochschulen⁸⁴ dürfte kaum über das Stadium einer Konzeption hinausgekommen sein.

Anders gestaltete sich jedoch die Situation in Sachsen: Hier hatten es die besondere Stärke der NSDAP, vor allem aber der Ehrgeiz bestimmter Parteifunktionäre wie Werner Studentkowski und Erich Kunz, vermocht, einen schlagkräftigen Schulungsapparat und ein weit verzweigtes Schulsystem zu errichten. In weniger als zwei Jahren schaffte es Studentkowski, das Gauschulungsamt zu einer wirklich zentralen Parteibehörde umzubauen, das den Anspruch formulierte, beinahe alle Gliederungen und Verbände schulen und die „Reinheit“ der nationalsozialistischen Weltanschauung überwachen zu wollen. Und auch bei der Schaffung von Schulungseinrichtungen stand der Gau an der Spitze: Mit zeitweise vier Gauschulungsburgen schaffte es Studentkowskis Amt, Tausende eigener Parteifunktionäre, aber ebenso Hunderte Verwaltungsträger weltanschaulich und fachlich zu schulen. Nach 1945 zählte Sachsen wiederum zu den Hochburgen der Kaderschulung – diesmal allerdings der kommunistischen. Auch hier wirkten sich Faktoren wie die besondere Stärke des KPD-Bezirks sowie der persönliche Einsatz von Hermann Matern oder der Schulungsspezialisten Ludwig Arnold und Bernhard Dohm dahingehend aus, dass viel früher als auf der zentralen Ebene die bürokratischen Apparate zur Parteischulung und eine Reihe einsatzfähiger Schulungseinrichtungen ihre Arbeit aufnehmen konnten.

Was den nächsten und entscheidenden Schritt der innerparteilichen Planung und Vermittlung von Absolventen betrifft – die Kaderpolitik –, so ging doch gerade bei der NSDAP die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Zwar hatten verschiedene Reichsschulungsleiter schon seit 1933 immer wieder die Einheit von Schulung, Auslese und Vermittlung vollmundig angekündigt, doch wurde auch noch Anfang der 1940er das Zusammenwirken von Hauptschulungsamt und Hauptpersonalamt eher als Zukunftsprojekt betrachtet. Ob es auf zentraler Ebene jemals zu einer braunen Kaderpolitik gekommen ist, bleibt bei den wenigen überkommenen Quellen fraglich. Bei der Beanspruchung aller verfügbaren Ressourcen durch den Krieg dürften derartige Pläne wohl eher Makulatur geblieben sein. Anders verhielt es sich hingegen auf der kommunistischen Seite: Hier existierten fast von Anfang an beide Abteilungen des bürokratischen Parteiapparates, ohne die eine Kaderpolitik nicht durchsetz-

84 Vgl. Robert Ley, Neue Staatsgrundlagen. In: Schulungsbriefe des Reichsschulungsamtes der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront, 1 (15. 7. 1933), Folge 1, S. 6.

bar war: Die Agitprop- bzw. Schulungsabteilung und die Kaderabteilung, die in gemeinsamer Arbeit die Schulung, Auslese und Vermittlung der Absolventen betrieben. Einzigartig blieb zudem das kommunistische System der Kadernomenklatur, mit deren Hilfe die Partei alle wichtigen Schlüsselpositionen der Gesellschaft beherrschen konnte. Sächsische Sonderfälle lassen sich aber auch in diesem Bereich nachweisen. So kann die Kooperation der Gauämter für Schulung und Kommunalpolitik bei der Schulung, Auslese und Vermittlung von kommunalen Herrschaftsträgern durchaus als ein Ansatz brauner Kaderpolitik bezeichnet werden. Das Herangehen beider bürokratischer Parteiinstanzen ähnelte stark: Während nach 1933 beide Gauämter die Schulung der kommunalen Funktionäre gemeinsam steuerten und das Gauamt für Kommunalpolitik zusammen mit dem Personalamt des Reichsstatthalters die Neubestellungen von Bürgermeister*innen als Kaderfrage betrachteten, griff die KPD/SED nach 1945 zu ähnlichen Instrumenten: Auch hier wurden Ämterbesetzungen im Verwaltungsapparat durch die Kaderabteilung und das kommunistisch gelenkte Personalamt des Innenministeriums gemeinsam gesteuert. Parallelen lassen sich aber auch in der Frage der Unterordnung der kommunalen Funktionäre unter die verschiedenen Parteiebenen nachweisen: Während sich in Sachsen die jeweiligen Kreisleitungen der Partei ab 1934 alle NSDAP-Bürgermeister „unterstellten“, führte die KPD/SED ein ähnliches Unterstellungssystem im Verwaltungsbereich ab 1948 ein.

Trotz dieser sächsischen Analogien sind die Unterschiede zwischen dem nationalsozialistischen und dem kommunistischen System der Kaderschulung und -politik nicht zu übersehen. So fallen besonders die unterschiedliche Intensität und Reichweite beider Instrumente ins Auge. Die Gründe dafür sind in den völlig verschiedenen gesellschaftspolitischen Voraussetzungen, aber auch in staats-theoretischen Vorstellungen und spezifischen innerparteilichen Strukturen zu finden. Die nationalsozialistische Herrschaft basierte größtenteils auf der Zustimmung von weiten Teilen der Bevölkerung, vor allem der alten Eliten, die sich aufgrund von Interessenidentitäten mit der NSDAP schnell anzupassen vermochten. Vor diesem Hintergrund kann das NS-System auch als „Zustimmungsdiktatur“ bezeichnet werden. Während also die NSDAP ab 1933 unter den Beamten und Angestellten auf eine breite Resonanz stieß, konnte sich die KPD/SED ab 1945 nur mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht als staats-tragende Partei etablieren. Für letztere war es deshalb notwendig, den kompletten Staatsapparat zu zerschlagen und nach eigenen Vorstellungen wieder aufzubauen. Dafür benötigte die kommunistische Partei ein umfangreiches Kaderreservoir.

Darüber hinaus besaß die NSDAP im Gegensatz zur KPD über keine präzisen Vorstellungen, wie denn der künftige Staat und die Verwaltung konzipiert sein sollten. Für die im Moskauer Exil geschulten KPD-Funktionäre war es dagegen hinreichend evident, dass die Partei gegenüber dem Staat und der Gesellschaft eine omnipotente, in ihrem Sprachgebrauch, eine „führende Rolle“ einzunehmen hatte. Die Trennung von Staat und Partei, wie sie, von vereinzelt

Verschänkungen einmal abgesehen, die NSDAP aufrecht erhielt, stand für die KPD/SED zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion. Aus diesem Grund unternahm die kommunistische Partei fast von Anfang an wesentlich zielgerichtetere und weit reichendere Anstrengungen in der Parteischul- und Kaderfrage als die NSDAP. Obwohl beide Parteien monokratische Strukturen aufwiesen – die NSDAP das „Führerprinzip“ und die KPD/SED den „demokratischen Zentralismus“ –, gelang es der kommunistischen Partei wesentlich nachhaltiger, ihre viel „stärker formalisierte Herrschaftsstruktur“ gleichsam auf das staatliche und gesellschaftliche Gefüge zu übertragen. Da die marxistisch-leninistische Partei eine „Mediatisierung“ des Staatsapparates und selbst der Gesamtgesellschaft anstrebte, um so ihre „führende Rolle“ zu sichern, hatte für sie die „Kaderfrage“ eine ungleich zentralere Bedeutung.⁸⁵ Denn nur durch den Einsatz von Kadern auf allen Ebenen der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen konnte sie genau diese „führende Rolle“ wahren. Dadurch blieben auch typisch nationalsozialistische Erscheinungsformen wie Kompetenzwirrwarr und Polykratie im staatlichen System weitestgehend chancenlos.

Dass selbst in Sachsen das dort hochentwickelte Schulungssystem nicht absolute Priorität genoss, zeigt im Übrigen der Fall Werner Studentkowski, dem diese Vorreiterrolle durch persönliches Engagement zu verdanken war. Während für die KPD/SED Kaderschulung und Kaderpolitik immanente Bestandteile der Herrschaftssicherung darstellten und von daher jegliche Unterstützung erhielten, wurden einem Mann wie Studentkowski ausgerechnet von der höchsten sächsischen Führungsinstanz „Schwierigkeiten“ bereitet: von Gauleiter Mutschmann persönlich. Es sei dahingestellt, ob Mutschmann durch Studentkowskis Arbeit seine eigene Machtstellung gefährdet sah, jedenfalls fühlte sich der sächsische Gauamtsleiter spätestens 1937 veranlasst, seinem frühen Förderer und Freund, dem Reichspropagandaminister Josef Goebbels, über die Situation in Sachsen zu berichten und um Versetzung nach Berlin zu bitten. Es war bezeichnend, dass Goebbels in seinem Tagebuch Mutschmann als „Talanttöter“ beschimpfte⁸⁶ und Studentkowski 1941 als Reichsamtsleiter in die Reichspropagandaleitung und ins Reichspropagandaministerium holte. Damit wurden zwar dessen Fähigkeiten und Erfolge in gewisser Hinsicht anerkannt, dem Schulungssystem im Gau jedoch ein empfindlicher Schlag versetzt. Zudem wurde er „zweckfremd“ eingesetzt: Einer Beförderung Studentkowskis hätte eher seine Versetzung in die Reichsorganisationsleitung und damit an die Spitze des Hauptschulungsamtes entsprochen.

Ganz anders stellte sich da die Situation in der KPD/SED dar: Diejenigen, die beim Aufbau der sächsischen Kaderschulung erfolgreich vorangegangen waren, erlebten nach nur kurzer Zeit eine Beförderung auf die zentrale Ebene, um

85 Kaiser, *Die Zentrale der Diktatur*, S. 58, 77.

86 Die Tagebücher von Josef Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, hg. von Elke Fröhlich. Teil I. Aufzeichnungen 1923–1941, Band 4 März–November 1937, bearbeitet von Elke Fröhlich, Tagebucheintrag vom 5. November 1937, München 2000, S. 392.

das dortige System weiterzuentwickeln und sogar zur Kanonisierung des Marxismus-Leninismus beizutragen: Hermann Matern etwa, der als Chef der Moskauer Exil-Parteischule nach Sachsen gekommen war und hier als KPD-Vorsitzender die frühen Grundlagen der Kaderschulung legte, erlebte einen rasanten Aufstieg: Bereits im März 1946 holte ihn Ulbricht als KPD-Bezirksleiter nach Berlin, um hier an vorderster Front den Einheitskampf mit den renitenten Sozialdemokraten zu führen. Wenig später stieg Matern zum bedeutenden Chef der Zentralen Partei-Kontroll-Kommission (ZPKK) auf, die über die „Einheit und Reinheit“ der Partei zu wachen hatte. Hans Lauter, der sich bereits 1945/46 in Chemnitz als Agitprop-Leiter „bewährte“ und später dieselbe Rolle auch auf Landesebene übernahm, wurde schon im Jahre 1950 zum Sekretär des ZK der SED berufen. Ludwig Arnold und Bernhard Dohm, die 1945 die Grundlagen der Schulungsarbeit gelegt hatten, wurden ebenfalls befördert: Arnold, der ab 1948 Lehrer und stellvertretender Leiter der SED-Landesparteischule gewesen war, stieg 1950 zum Lehrer und stellvertretenden Direktor der SED-Parteihochschule auf. Dohm, der 1949/50 die Landesschulungsabteilung in Sachsen geleitet hatte, avancierte 1950 sogar zum Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED.

Führt man die persönlichen und strukturellen Aspekte zusammen, ergeben sich alles in allem mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten: Zwar verfolgten beide Systeme das übergreifende Ziel, möglichst den gesamten Staats- und Verwaltungsapparat sowie alle gesellschaftlichen Sphären mittels spezifisch ausgebildeter Parteifunktionäre unter ihre jeweilige weltanschauliche Kontrolle zu bringen, doch fallen die Ergebnisse sehr verschieden aus. Während es dem nationalsozialistischen Schulungssystem gelang, immerhin einen Teil der Beamten und Angestellten weltanschaulich zu schulen und verschiedentliche Versuche zur staatlichen Lenkung der geschulten Mitglieder zu starten, gingen die kommunistischen Bestrebungen weit darüber hinaus. Über die weltanschauliche Ausrichtung des Staats- und Verwaltungsapparates hinaus setzten sie die kaderpolitische Lenkung auf diesem Gebiet durch und unterwarfen ihn sich mit Hilfe des Kadernomenklatursystems schließlich vollständig. Das dadurch manifest gewordene Zusammenwachsen von Partei und Staat erinnerte somit wesentlich stärker an das sowjetische als an das nationalsozialistische Vorbild, das Wilhelm Pieck im Oktober 1944 wohl viel zu optimistisch eingeschätzt hatte. Wenn, wie eingangs durch Pieck verkündet, die KPD in diesem Bereich von der NSDAP lernen wollte, so nur in oberflächlicher Weise: Angesichts des eigenen unterentwickelten Internatsschulungssystems der Weimarer Zeit schien das sehr hoch entwickelte System der NSDAP auf diesem Gebiet die KPD-Führung wohl zumindest zeitweise beeindruckt zu haben. Letztlich orientierte sich die KPD/SED immer am sowjetischen Vorbild, was aufgrund der Besatzungssituation und der strikten sowjetischen Anleitung auf der Hand lag.